

Bittere Pillen für Pharmazeuten

GKV-Kürzungen: Verband warnt vor Apothekensterben und Versorgungsmangel. Versprochene Höhervergütung steht auf der Kippe

Von Ralf Wurzbacher

Es gab Zeiten, da war man als Apotheker fein raus. Die Menschen kauften ihre Medizin, die Kasse klingelte, als Teil des gehobenen Bürgertums waren für sie Wohlstand und Status quasi garantiert. Heute stehen immer mehr Pharmazeuten unter Druck, und nicht selten ist der existenzbedrohend. Allein im ersten Quartal des laufenden Jahres sind bundesweit 79 Geschäfte von der Bildfläche verschwunden. Bei nur 19 Neueröffnungen bleibt ein Schwund von 60. Die Zahlen stammen aus dem »Apothekenwirtschaftsbericht 2026«, den der Deutsche Apothekerverband (DAV) am Dienstag vorgelegt hat. Knapp 20 Prozent aller Betriebsstätten hätten demnach im Vorjahr weniger als 50.000 Euro erwirtschaftet, sieben Prozent befänden sich in der Verlustzone. Mit jeder Schließung dünne sich die Gesundheits- und Arzneimittelversorgung weiter aus, mahnte der Verbandsvorsitzende Hans-Peter Hubmann.

Jüngster Anlass der Klagen ist die Vorlage ihres Entwurfs für ein »GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz« durch Bundesgesundheitsministerin Nina Warken. Die CDU-Frau will die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen massiv drücken und nimmt dabei auch die Apotheker ins Visier. Mittel der Wahl ist die Erhöhung des sogenannten Apothekenabschlags. Pro rezeptpflichtigem Medikament müssten die Arzneimittelhändler den Kassen statt bisher 1,77 Euro künftig 2,07 Euro Rabatt gewähren. In einem am Montag bekannt gewordenen Brief an die Ministerin warnen die 17 Landesapothekerkammern und -verbände vor einer »unbefristeten Honorarkürzung«, die für die Branche eine Mehrbelastung von 170 Millionen Euro netto bedeute. Dabei stehe das Vorhaben in klarem Widerspruch zu der im Koalitionsvertrag angekündigten Stärkung der Apotheken.

Tatsächlich findet sich im Regierungsvertrag die Ansage, das »Apothekenpackungsfixum einmalig auf 9,50 Euro« anzuheben. Der Festzuschlag liegt seit 2013 unverändert bei 8,35 Euro, was maßgeblich zum Niedergang der Zunft beigetragen haben dürfte. Im selben Zeitraum hat fast jeder fünfte Betrieb dichtgemacht. Zuletzt gab es gerade mal noch 16.541 Apotheken, so wenige wie aus gesamtdeutscher Sicht seit fast 50 Jahren nicht. Die Einbußen seien nur in Ausnahmefällen auf Misswirtschaft zurückzuführen, sondern zumeist Ausdruck einer »chronischen Unterfinanzierung«, bemerkte Hubmann am Dienstag beim DAV-Wirtschaftsforum in Berlin. »Jede Apotheke, die schließen muss, ist ein Verlust von freiberuflicher Existenz, von wohnortnahen Arbeitsplätzen, vornehmlich für Frauen und von fehlender Versorgung vor Ort für die Menschen.« Doppelt bitter: Die Bundesregierung

will der Branche nicht nur mehr abverlangen, sondern das versprochene Plus beim Packungsfixum womöglich streitig machen. Denn trotz aller Beteuerungen liegt nach Hubmanns Worten »immer noch kein Änderungsentwurf für die Arzneimittelpreisverordnung vor«.

Warken beschwichtigt in der Frage. Ende März hatte sie erklärt, die Regelung auf den Vorordnungsweg umsetzen zu können, daran arbeite man gerade. Tatsächlich liegt Berlin im Clinch mit der EU-Kommission, was die Realisierung des Apothekenversorgung-Weiterentwicklungsgesetzes (ApoVWG) und die begleitende Apothekenbetriebsordnung (ApBetrO) betrifft. Der Gesetzgebungsprozess ist ins Stocken geraten, weil Brüssel Bedenken gegen die darin enthaltenen verschärften Vorgaben für Versender angemeldet hat. Dabei geht es auch um eine Verordnung des Gesundheitsministeriums, gemäß der Kassen und Apotheken das Honorar in Zukunft gemeinsam aushandeln sollen. Eine Aufstockung des Packungsfixums auf besagte 9,50 Euro taucht darin bisher aber nicht auf.

Jedenfalls monierte in der Vorwoche der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA), Thomas Preis, »die Koalition von Union und SPD steht kurz vor einem Wortbruch gegenüber den Apotheken und ihren Teams«. Aber selbst für den Fall einer steigenden Vergütung drohen immer noch die von Warken angepeilten Kürzungen mit dem Hebel Kassenrabatte, was mithin auf ein Nullsummenspiel hinauslief. Für Preis ist das »inakzeptabel, weil die Apotheken dadurch weiter geschwächt werden«. Und die Patienten? Die müssen sich für eine Herztablette die Hacken wundlaufen. Auf Neudeutsch nennt sich das »Gesundheitsreform«.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522105.gesundheitsreform-in-der-kritik-bittere-pillen-für-pharmazeuten.html>